

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 192. Ratssitzung vom 28. Februar 2018

3790. 2017/19

Weisung vom 01.02.2017:

Volksinitiative «Mehr Geld für Zürich: 7 statt 9 Stadträtinnen und -räte», Ablehnung

Antrag des Stadtrats

Zuhanden der Gemeinde:

Die Volksinitiative «Mehr Geld für Zürich: 7 statt 9 Stadträtinnen und -räte» vom 2. Mai 2016 wird abgelehnt.

Referent zur Vorstellung der Weisung:

Duri Beer (SP): Die Volksinitiative «Mehr Geld für Zürich: 7 statt 9 Stadträtinnen und -räte» ist am 2. Mai 2016 mit 3077 gültigen Unterschriften eingereicht worden. Die Volksinitiative verlangt die Änderung des Artikels 48 Absatz 1 der Gemeindeordnung mit folgendem Wortlaut: «Der Stadtrat besteht aus der Stadtpräsidentin/dem Stadtpräsidenten und sechs weiteren Mitgliedern. Die sieben Exekutivmitglieder stehen je einem Departement vor.» Eine neue Übergangsbestimmung legt fest, dass die revidierten Bestimmungen spätestens für die übernächste Legislatur wirksam werden. Der Stadtrat hat die Initiative für gültig erklärt und verzichtet auf die Ausarbeitung eines Gegenvorschlags. Das Anliegen der Volksinitiative ist, die Anzahl Mitglieder des Stadtrats von neun auf sieben zu reduzieren. Dafür soll die Gemeindeordnung der Stadt geändert und die Bestimmungen zur Organisation vom Stadtrat und den Departementen in der Gemeindeordnung angepasst werden. Mit der Reduktion der Exekutivmitglieder soll gemäss des Initiativkomitees «eine grundlegende Verwaltungsreform angeregt werden, welche die Effizienz der Verwaltung spürbar erhöhen, um dadurch frei werdende Gelder in dringend benötigte Infrastruktur einfliessen zu lassen». Departemente sollen gemäss Initiativtext «nach dem Prinzip ‹zusammenlegen, was zusammengehört› reorganisiert werden, bestehende Doppelspurigkeiten, Überschneidungen und überflüssige Schnittstellen behoben werden, Steuergelder zweckmässiger eingesetzt werden, die Bürgerinnen und Bürger sollen einen Staat erhalten, der Reformen zulässt». Das Initiativkomitee geht davon aus, dass eine Grundvoraussetzung für eine effiziente und flexible Stadtverwaltung eine kleinere Mitgliederzahl der Exekutive ist. Mit der Inkraftsetzung des neuen Gemeindegesetzes per 1. Januar 2018 wird auch die Stadt Zürich ihre Gemeindeordnung anpassen und den neuen Gegebenheiten Rechnung tragen müssen. Gemäss dem neuen Gemeindegesetz wird die Organisation der

Verwaltung nicht mehr in der Gemeindeordnung geregelt, sondern neu wird die Exekutive mittels eines Behördenerlasses aufgerufen, dies zu tun. Auch in der Vergangenheit standen solche Vorschläge immer wieder auf der politischen Agenda, 1989 haben 54,2 Prozent der Stimmbevölkerung eine Reduktion von neun auf sieben Exekutivmitglieder abgelehnt. In einer Abstimmung 1995 stimmte das Stimmvolk für eine Reorganisation der Stadtverwaltung – in dieser Reorganisation waren aber explizit neun Stadtratsmitglieder vorgesehen. Im Jahr 2000 hatte eine Volksinitiative zum Ziel, die Anzahl Stadträte auf fünf zu reduzieren. Rund 64 Prozent der Stimmberechtigten lehnten dies aber ab. Letztmals wurde 2013, als der Stadtrat eine Motion ablehnte, die eine Reduktion von neun auf sieben vorsah, über eine Reduktion diskutiert. Begründet wurde dies damals damit, dass eine Reduktion nicht im Interesse der Bevölkerung sei, da diese den Kontakt zur Exekutive suche. Zudem seien die kurz- und mittelfristigen Kosten im Vergleich zu den erwarteten Einsparungen zu hoch. An dieser Einschätzung hat sich auch bei der aktuellen Vorlage nichts geändert. Der Stadtrat ist überzeugt, dass die Qualität der städtischen Dienstabteilungen und die Effizienz der Verwaltung laufend überprüft werden muss. Aktuell geschieht dies mit der Umsetzung der Strategie 2035. Der Stadtrat lehnt die Volksinitiative ab, weil er überzeugt ist, dass die Zahl von neun Stadtratsmitgliedern der Realität gerecht wird. Die Aufgaben in Zürich sind umfangreicher als in anderen Gemeinden, deshalb gibt es keinen Änderungsbedarf. Zudem ist bereits heute die Handlungsfähigkeit der politischen Behörden durch die relativ streng geregelte Finanzkompetenz sehr eingeschränkt. Die Reorganisation hat aus Sicht des Stadtrats einen fragwürdigen Ansatz, da nicht klar ist, ob die Einsparungen langfristig effektiv eintreffen würden und er an den suggerierten frei werdenden Mitteln zweifelt. Schliesslich kommt der Stadtrat zum Schluss, dass der persönliche Kontakt mit der Bevölkerung gesucht wird und notwendig ist. Wenn der Stadtrat seine Aufgaben an die Verwaltung delegieren müsste, bleibt die Erkenntnis, dass die Verwaltung nicht demokratisch legitimiert ist und eine zweifelhafte Situation entsteht. Würde man die Anzahl Stadträte auf sieben reduzieren, wäre die Repräsentanz in der Bevölkerung geschwächt. Ein Stadtrat vertritt heute 45 000 Einwohner und Einwohnerinnen der Stadt – dies ist beträchtlich mehr wie beispielsweise in Genf oder Bern mit 28 000 Einwohnern pro Stadtrat. Zürich durchlebte in den 90er-Jahren eine Krise. Es ist Zürich aber gelungen, eine vielfältige, durchmischte und attraktive Stadt mit einer funktionierenden Infrastruktur zu werden, die auch für die kommenden Generationen zukunftsfähig ist. Zusammenfassend kommt der Stadtrat zum Schluss, dass die von der Volksinitiative geforderte Reduktion nicht zielführend für eine effiziente, leistungsfähige und kundenorientierte Verwaltung ist und es sich nicht nachweisen lässt, dass die Zahl der Exekutivmitglieder einen Einfluss auf die Kosten hat.

(Fraktionserklärungen siehe Beschluss-Nr. 3791/2018–3794/2018)

Referentin Kommissionsminderheit Rückweisungsantrag:

Rosa Maino (AL): Die Legitimation, beziehungsweise die politische Repräsentanz, steigert oder mindert sich nicht in erster Linie durch die Anzahl von vertretenen Parteien,

sondern primär durch die Wahl durch das Volk. Wie Stefan Mühlemann, Vorstand des Initiativkomitees, in der Kommission aufzeigte, hatten wir in den beiden vergangenen Legislaturperioden in Zürich ein Bevölkerungswachstum von neun Prozent. Die Vollzeitstellen in der Verwaltung haben aber um 13 Prozent und diejenigen des Kaders sogar um 22 Prozent zugenommen. Es kann bereits jetzt vorausgesagt werden, dass der unverhältnismässige Anstieg der Kaderstellen bei einer Reduktion auf sieben Stadtratsmitglieder erneut zunehmen wird. Eine Zunahme und Stärkung von Dienstchefinnen und Dienstchefs, die nicht vom Volk gewählt sind und abseits der parlamentarischen Aufsicht agieren, sind nicht im Sinne des Volks und nicht im Sinne der AL, SP und der Grünen. Der Initiator versicherte uns glaubhaft, dass dies auch nicht im Sinne der Initiative sei. Dem Initiativkomitee ist vollkommen bewusst, dass die einzige Möglichkeit eine Reorganisation der Verwaltung anzustossen, einzig die Forderung einer Reduktion oder Aufstockung der Stadtratsmitglieder ist. Bei Annahme der Initiative, vertraut Stefan Mühlemann in der Umsetzung des Reformprozesses ganz auf die Behörden. Für eine seriöse Behandlung der Weisung in der Kommission und im Rat – die unabdingbare Grundlage für eine Empfehlung ans Volk – reicht diese Haltung nicht aus. Eine Empfehlung, die über werberische Slogans hinausgeht, würde unabdingbar auf Basis einer breit angelegten Auslegeordnung eine Überprüfung der Verwaltungsstruktur brauchen. Es muss klar verständlich werden, was die Reduktion von zwei Stadträtinnen und Stadträte konkret bedeutet und wie Geld gespart werden soll, wenn sie durch noch mehr Dienstchefinnen und Dienstchefs kompensiert werden müssen. Die AL-Fraktion verlangt mit der Rückweisung an die Kommission vom Stadtrat ein Konzept für eine Verwaltungsreform. Dieses Konzept soll verschiedene Grundsätze erfüllen, wie beispielsweise die Konzentration von städtischen Themen auf jeweils eine Dienstabteilung oder die Reduktion der Anzahl Dienstabteilungen um 20 Prozent. Zwingender Eckwert eines solchen Auftrags ist, die Verwaltungsreform so zu planen, dass sie mit dem Legislaturwechsel im Mai 2022 operativ umgesetzt werden könnte. Das Konzept soll Optionen für eine Anpassung der Anzahl Departemente aufzeigen und – falls sinnvoll – einen revidierten Antrag oder einen Gegenvorschlag zur Volksinitiative «sieben statt neun» stellen. Die Initiative diene den bürgerlichen Parteien als Wahlkampfthema. Sie präsentierten sich dabei als Verfechter eines schlanken und effizienten Verwaltungsapparats. Dabei zeigen sie aber nicht auf, wie mit einer simplen Reduktion von Exekutivmitgliedern Geld gespart werden soll. Die Rückweisung wird vermutlich keine Mehrheit finden, deshalb werden die Anliegen in einem Postulat, das in der SP-Fraktionserklärung bereits erwähnt wurde und das heute eingereicht wurde, aufgegriffen. Es wäre aber wünschenswert, Weisungen würden nicht oberflächlich beraten und einfach befürwortet werden, weil sich so das Einreichen von Nachfolgevorstössen mit exakt denselben Inhalten erübrigen würde.

Referent Kommissionsmehrheit Rückweisungsantrag:

Severin Pflüger (FDP): Der Text dieser Rückweisung trifft den Nagel auf den Kopf. Es wird nämlich genau das verlangt, was die Stadtverwaltung effektiv nötig hat. Wenn Sie Doppelspurigkeiten und über ihren Aufgabenbereich hinausgewachsene Stellen

*abbauen möchten, ist dieser Rückweisungsantrag die richtige Lösung. Es werden
Amtsstellen um 20 Prozent reduziert und alle Aufgaben zu einem Thema unter einem
Dach konzentriert. Es ist richtig, dass man das abstrakt formuliert, weil die Regierung am
Schluss dafür sorgen soll, dass ihre Verwaltung effizient organisiert ist. Leider müssen
wir dies mit dem neuen Gemeindegesetz ganz der Stadtregierung übertragen. Wir
bedauern, dass wir als Parlament, das zwar das Budget beschliesst und über die
grossen Ausgaben entscheidet, über Motionen zur Organisation der Verwaltung keinen
Einfluss mehr haben. Es ist auch schade, dass unser Kantonsparlament ein
Gemeindegesetz gemacht hat, das meiner Meinung nach der Regierung zu viel Macht in
der Organisation der Verwaltung gibt. Die Rückweisung ist unter dem heutigen Gesetz
nicht motionabel und läuft damit ins Leere. Als die Weisung zu uns in die Kommission
kam, waren alle linken Parteien der Meinung, wir bräuchten kein «sieben statt neun»,
weil die Verwaltung hoch effizient arbeite. Man darf Stefan Mühlemann gratulieren, er hat
mit seiner Initiative auf linker Seite zu einem grossen Umdenken geführt – vorher sprach
nämlich niemand von einer Verwaltungsreform. Unter dem Druck von «sieben statt
neun» ist dies nun Thema und wir sind froh, hat dieser Lernprozess auf linker Seite
stattgefunden. Für einen Plan B wird es so sicher ausreichen. Die Initiative ist nicht die
eleganteste Form, um eine Verwaltungsreform anzustossen, aber im Moment die
effizienteste Form, um einen unwilligen Stadtrat dazu zu bringen, sich zu überlegen, wie
er seine Verwaltung effizient und bürgernah organisiert.*

Referent Kommissionsmehrheit Änderungsantrag und Schlussabstimmung:

Duri Beer (SP): *Die Mehrheit der Kommission ist derselben Meinung wie der Stadtrat.
Die Beschränkung von sieben auf neun Stadträte greift eindeutig zu kurz. Die
Kostensparnis ist weder erwiesen, noch zu erwarten. Die Initiative wird vielmehr kurz-
und mittelfristig zusätzliche Kosten auslösen. Auch langfristig ist absolut unklar, ob die
Verwaltung effizienter oder leistungsfähiger werden würde. Es ist nicht nachvollziehbar,
wie bei gleichbleibenden Aufgaben die geringere Anzahl Exekutivmitglieder zu weniger
Kosten führen soll. Es werden dabei aber die eben von der GLP angesprochenen
Ausgliederungen ermöglicht – wir nennen diese Privatisierungen. Demokratische
Verankerung, Legitimität in der Bevölkerung, direkte Demokratie und Mitbestimmung der
Bevölkerung zählen zu unseren Errungenschaften. Bei einer Reduktion auf sieben
Stadträte kämen auf jeden Stadtrat 58 000 Einwohner. Im Vergleich zu Bern mit 28 000
Einwohnern pro Stadtrat würde Zürich einen für die Bevölkerung nicht nachvollziehbaren
Schritt machen. Wir sind aber auch der Meinung, dass Aufgaben immer wieder
überdacht werden müssen und Reformen angestossen werden sollen. Auch Effizienz
muss überprüft werden, doch sie ist nicht das einzige Kriterium für eine funktionierende
Verwaltung. Bei einer Reduktion auf sieben Stadträte wäre der nächste Schritt eine
Reduktion auf fünf. In Chur reduzierte man von fünf auf drei. Reduziert man weiter, endet
man schlussendlich bei einem Stadtrat. Das ist weder das, was die Bevölkerung will,
noch was sie braucht. Unsere Tradition in diesem Land ist eine andere. Jede Reduktion,
sei das in der Exekutive oder in der Legislative, schwächt die Demokratie per se. Die
Initianten gehen davon aus, dass eine kleinere Anzahl Stadträte die Verwaltung*

effizienter und flexibler gestalten würde. Diese Kausalität ist nicht nachvollziehbar. Der Stadtrat hinterfragt schon heute immer wieder die Effizienz und passt die Flexibilität an. Im Abwägen dieser Gründe kommen wir zum Schluss, dass wir heute bereits eine sehr effiziente Stadtverwaltung und eine zukunftsfähige Infrastruktur haben. Zürich hat investiert und gelernt – lassen Sie uns so weitermachen.

Referent Kommissionsminderheit Änderungsantrag und Schlussabstimmung:

Severin Pflüger (FDP): *Ob eine Regierung die Bevölkerung abbildet, hat wenig mit der Grösse der Regierung zu tun. Zürichs Exekutive bestand früher aus 100 Mitgliedern, und dies war mitnichten eine demokratisch legitimierte Regierung. Mehr Leute machen einen Rat nicht demokratischer. Die Frage ist, ob die gewählten Menschen in diesem Stadtrat, unabhängig ihrer Anzahl, verantwortlich sind für ihr Tun. Von heute neun Stadträten sind sechs aus demselben Milieu – eine Abbildung der Bevölkerung sieht anders aus. Hinter uns liegt eine Phase mit einem sehr grossen Aufgabenwachstum. Vor zehn Jahren verabschiedeten wir ein Budget von 7,4 Milliarden Franken, heute verabschieden wir ein Budget von 8,8 Milliarden Franken. Sie erklären dieses Wachstum mit der wachsenden Bevölkerung und den wachsenden Schülerzahlen, doch es gibt einen anderen Zusammenhang. 2008 fürchteten wir uns vor der Finanzkrise und liessen deshalb den Steuerfuss gleich hoch, während wir den Steuerfuss in den Jahren zuvor immer gesenkt hatten. Ende der 90er-Jahre war der Steuerfuss bei 130 Prozent und sank bis 2008 auf 119 Prozent. Die Steuereinnahmen sind von 2,5 Milliarden Franken auf 3 Milliarden Franken gestiegen, wurden nach der Finanzkrise einfach sublimiert und flossen direkt in die Verwaltung und ins Wachstum. Daraus resultierte beispielsweise die Gartenpolizei, die Büsche, die von Privatgärten auf die Strasse ragen, fotografiert, ausmisst und Bussandrohungen verschickt. Früher hat der Polizist in so einem Fall kurz geklingelt, auf den Busch aufmerksam gemacht und die Sache war damit erledigt. Das Wachstum der Verwaltungseinheiten und Staatsaufgaben führt dazu, dass das Budgetbuch in den letzten 10 Jahren um 60 Seiten gewachsen ist. Wenn der Wille des Stadtrats nicht ein unendliches Wachstum wäre, hätte er das im Griff gehabt. Wenn der Stadtrat nicht gewollt ist, das Wachstum zu stoppen, müssen wir ihn mit einem Auftrag zwingen. Wir bedauern, dass wir dieses einmalige Instrument von «neun auf sieben» hier einsetzen müssen, aber uns steht im Moment kein anderes Instrument zur Verfügung, um die ausufernde Verwaltung in den Griff zu bekommen. Wir möchten, dass durch die Initiative Zusammenlegungen und Entschlackungen geprüft werden. Verschiedene Referate werden gleich zeigen, dass die Verwaltung auch mit einer Reduktion funktioniert, welche Verwaltungseinheiten dafür zusammengelegt werden könnten und welche Departemente neu organisiert werden müssen.*

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: *Weil die Vorlage vom Stimmvolk und nicht vom Stadtrat stammt, ist eine Rückweisung im kantonalen Recht nicht vorgesehen. Die Rückweisung müsste korrekterweise dazu führen, dass die geltenden Fristen, die bei einer Volksinitiative zur*

Anwendung kommen, gemäss unseren Rechtsgrundlagen nicht eingehalten würden. Der Rückweisungsantrag könnte im Erfolgsfall eine Aufsichtsbeschwerde nach sich ziehen und deshalb bitte ich Sie, die Rückweisung abzulehnen. Für den Initianten Stefan Mühlemann steht der Reformgedanke im Vordergrund. Er sagt selber, die Zahl der Stadträte sei nicht das zentrale Problem, es gehe vielmehr darum, eine effiziente, schlanke, sachgerechte und organisierte Verwaltung zu erreichen. Mit dieser Zielsetzung hat der Stadtrat absolut keine Mühe, wir sind aber überzeugt, dass die laufende Überprüfung und die schrittweise Anpassung der Verwaltungsstruktur nach pragmatischen Grundsätzen erfolgen muss. Der Stadtrat verschliesst sich keineswegs der Anpassung von Verwaltungsstrukturen, das zeigte beispielsweise kürzlich die Reduktion der Kreisbüros im Kontext der vermehrt digitalisierten Angebote für Bevölkerung und Unternehmen. Wir sind überzeugt, dass die Überprüfung der Qualität und der Effizienz unseres Handelns eine Daueraufgabe ist. Ob die Verwaltung effizient, kostengünstig, wirtschaftlich und bürger- und bürgerinnenorientiert arbeitet, hängt nicht nur von der Anzahl Departemente ab. Es ist eine Frage der Aufgaben, die die Stadt wahrnimmt. Zürich übernimmt sehr viele Aufgaben, die andere Städte nicht mehr im Rahmen ihrer eigenen Organisation wahrnehmen. Wir haben eine eigene Stadtpolizei, eigene Verkehrsbetriebe, Alters- und Pflegezentren, eine eigene Informatikabteilung, eine Stromproduktions- und Versorgungsfirma und weitere Institutionen, die viele andere Städte nicht selbst besitzen. Aber auch die Haltung und die Professionalität des Stadtrats, der Dienstchefinnen, der Spitalmitarbeitenden bis hin zu den Trampiloten sind wichtig und an diesen arbeiten der Stadtrat und die Regierung kontinuierlich. Wir nehmen diese Aufgabe und Herausforderung sehr ernst. Wenn ich sehe, wie attraktiv unsere Stadt bei der Bevölkerung und auch weltweit wahrgenommen wird und welche Noten die Wirtschaft und die Bevölkerung uns in den repräsentativen Umfragen gibt, schliesse ich daraus, dass unsere Mitarbeiter eine gute, effiziente und professionelle Arbeit im Dienste unserer Bevölkerung und Unternehmen leisten. Das neue kantonale Gemeindegesetz gibt uns massiv mehr Flexibilität, um auch Reformen und Reorganisationen durchzuführen. Wir sind überzeugt, dass sich die Organisation einer Verwaltung nicht einfach von einer blossen Zahl, sondern von ihren Aufgaben ableiten lassen soll – und nicht umgekehrt. Das bereits aufgeführte demokratiepolitische Argument ist ein wichtiges Argument. Wir sind als Stadtrat an der Front bei der Bevölkerung und erbringen ganz direkt Dienstleistungen für unsere Bevölkerung und unsere Unternehmen. Die Bevölkerung verlangt zu Recht eine demokratisch legitimierte Repräsentanz. Der Stadtrat teilt die meisten Anliegen der Initiative, auch wir möchten eine moderne Verwaltung, schlanke Entscheidungswege, die Bürokratie möglichst beschränken und die Chancen der neuen Technologien nutzen und eine transparente und effiziente Verwaltung. Wir scheuen uns nicht vor Reorganisationen, wenn diese den Zielen dienen. Erfahrungen anderer Städte zeigen, dass es bei einer Reduktion von neun auf sieben Stadträte zweifelhaft ist, von Kosteneinsparungen zu sprechen. Wir beurteilen den Weg, den die Initiative vorschlägt, als nicht zielführend. Wir sind überzeugt, dass wir genügend Mittel haben, dieses Ziel zu verfolgen und wir sind überzeugt, dass eine demokratische Legitimation der Exekutive etwas ganz Wichtiges ist.

Weitere Wortmeldungen:

Dr. Balz Bürgisser (Grüne): Die Volksinitiative scheint harmlos und suggeriert, dass wir in Zürich mehr Geld haben, wenn wir die Regierung verkleinern. Sieht man sich die Initiative aber genauer an, erkennt man die Gefahren und Risiken, die eine Annahme der Initiative mit sich bringen würden. Ich begründe die Ablehnung anhand von vier Thesen. These 1: Mit dem Holzhammer wird eine bewährte Struktur zerstört – ohne Sicherheit was folgt. Die Initiative gibt keine inhaltliche Stossrichtung der beabsichtigten Verwaltungsreform an. Es besteht die Gefahr, dass die Reorganisation nicht nach sachlichen Kriterien erfolgt, sondern einzig und alleine, um der Anzahl der sieben Departemente zu entsprechen. Es ist jetzt schon klar, dass eine solche Reorganisation kurz- und mittelfristig einen zweistelligen Millionenbetrag kosten wird. Ob es sich langfristig rentiert, ist dabei unsicher. These 2: Mit der Annahme der Initiative würde die Macht des demokratisch nicht legitimierten Verwaltungskaders gestärkt. In der Tat müssten bei einer Reduktion auf sieben Stadträte Aufgaben, die heute vom Stadtrat wahrgenommen werden, von Mitarbeitern der Verwaltung übernommen werden. Dies führt zu einer Stärkung der Verwaltung und dies zulasten der vom Volk gewählten Regierung. Aus demokratiepolitischer Sicht ist das nicht erwünscht. These 3: Die Initiative zielt auf die Privatisierung des Service Publics ab. Die Initiative lässt offen, wie die Verwaltung schlanker werden soll – es ist aber naheliegend, dies mit Outsourcing zu erreichen. Die GLP hat anfangs Januar einen solchen Umsetzungsvorschlag mit der Ausgliederung von städtischen Dienstabteilungen wie beispielsweise der Energieversorgung erarbeitet. Wir Grünen wehren uns gegen solche Privatisierungsvorschläge. These 4: Mit der Annahme der Initiative wird die Verbundenheit der Regierung mit der Bevölkerung geschwächt. Zürcherinnen und Zürcher haben den berechtigten Wunsch, mit den Stadträtinnen und Stadträten persönlich in Kontakt treten zu können. Solche persönlichen Kontakte könnten nicht mehr im selben Ausmass wie bisher gepflegt werden. Wir fordern den Stadtrat mit einem Postulat auf, die laufende Totalrevision der Gemeindeordnung zum Anlass zu nehmen, die bestehenden Strukturen und Abläufe in der Stadtverwaltung zu überprüfen und bei Bedarf effizienter zu gestalten. Dabei sollen vor allem die Schnittstellen zwischen den Dienstabteilungen betrachtet werden. Peter Saile, der Rechtskonsulent des Stadtrats, erklärte in der Kommission, dass eine Rückweisung verbunden mit einem Auftrag an den Stadtrat aus zeitlichen Gründen wegen der gesetzlich vorgegebenen Fristen jetzt keinen Sinn mehr machen würde.

Dr. Daniel Regli (SVP): In acht Jahren stieg das Bevölkerungswachstum um 9,4 Prozent, das Personalwachstum aber um 13,4 Prozent und das Kaderwachstum um 22,5 Prozent – dieser wachsende Bürokratismus ist eine Tragödie. Heute wird nur vom wachsenden Kaderpersonal in Folge der Annahme der Initiative gesprochen und nicht vom Personalwachstum der letzten Jahre. Es wurde mehrfach gesagt, die Initiative sei gefährlich und riskant, weil der Stadtrat der Gefahr erliegen könnte, auf sieben Mitglieder reduziert zu werden und eine schlechte Reform durchzusetzen. Man wirft Stefan

*Mühlemann diese Unsicherheit vor, doch eigentlich müsste sich der Stadtrat diese Unsicherheit selbst vorwerfen. Es ist schlicht nur über eine Zahl möglich, die Gemeindeordnung zu ändern. Stefan Mühlemann und auch wir, die die Initiative unterstützen, sollten dem Stadtrat das Vertrauen entgegen bringen können, dass der Bürokratismus und die endlose Verteuerung der letzten Jahre geändert werden kann. Auch die Unsicherheit hinsichtlich des finanziellen Gewinns bei einer Reduktion auf sieben Stadträte wird Stefan Mühlemann angelastet. Diesen Gewinn müsste der Stadtrat mit einer klugen Effizienzsteigerung erzielen. Man könnte bei einzelnen Departementen einsparen, so bräuchte es das Präsidialdepartement (PRD) nicht unbedingt. Ich glaube, STP Corine Mauch ist fleissig und im PRD wird an vielen Orten eine gute Arbeit geleistet. Meiner Meinung nach hat das PRD aber zu viele Handlungsfreiheiten. Das PRD ist sehr diversifiziert; endloser Kulturausbau, Gleichstellung, Integration von Migrant*innen, Statistik, Wirtschaftsförderung, Städtebau, Bevölkerungsamt – all diese Dienstabteilungen können ohne Weiteres in andere städtische Departemente integriert werden. Dabei gibt es mehr Synergien und weniger Ansprechpartner – so kann man aus unserer Sicht Effizienz steigern und Kosten sparen. Es würden einzig die sehr wichtigen Aussenbeziehungen im PRD verbleiben. Diese Aufgabe könnte beispielsweise in einem Rotationsprinzip von den Stabstellen der Departemente übernommen werden.*

Isabel Garcia (GLP): *Ich möchte betonen, dass sich die GLP sehr intensiv mit den Auswirkungen der Initiative auseinandergesetzt hat. Die GLP legte auch einen Vorschlag vor, wie man sich diesen reduzierten Stadtrat vorstellen könnte und wie er effizienter und zukunftsgerichtet aufgestellt wäre. Die GLP sieht durchaus Bedarf an einem Präsidialdepartement, allerdings in einer anderen Aufstellung, als dies heute der Fall ist. Auch wir sehen, dass das PRD zu einem Sammelsurium für verschiedenste Angelegenheiten geworden ist und neu positioniert werden muss. Alles was nicht bereichsübergreifend ist, muss aus dem PRD herausgenommen und entweder als Doppelung an einem anderen Ort abgehandelt oder in ein anderes Departement verschoben werden. Kultur könnte man beispielsweise gut in das Schul- und Sportdepartement verschieben. Die Stadtentwicklung ist bereits beim Hochbaudepartement und muss deshalb nicht zusätzlich im PRD sein. Wichtige Zukunftsprojekte betreffen in der Regel mehrere Departemente und sind Projekte mit einer längeren Zeitspanne. Sie gehören deshalb ins Präsidialdepartement, da sonst Verzettelungen vorprogrammiert sind. Eine Verzettelung haben wir bereits im Bereich der Digitalisierung. Die Digitalisierung gehört ebenso ins Präsidialdepartement wie die dazugehörige Strategie der «Smart City», von der man noch nicht weiss, wie weit sie schon ist. Auch die 2000-Watt-Gesellschaft ist ein drängendes Thema, das oben im PRD angesiedelt werden muss. Zudem braucht es dringend mehr Führung des Kollektivs der Gesamregierung der Stadt Zürich. Wir mussten in den letzten Jahren zur Kenntnis nehmen, dass sich die Defizite gehäuft haben. Bei wichtigen und emotionalen Geschäften wie dem Koch-Areal oder der Spitäler-Strategie fehlte es an strategischer Führung an oberster Stelle. Man kann diese Verantwortung nicht nur den Departementen übergeben.*

Dr. Jean-Daniel Strub (SP): Auch ich möchte die Leistung des Initiativkomitees würdigen. Es ist der Initiative bereits jetzt gelungen, sehr viel in Gang zu setzen. Das grosse Engagement der Initianten mündete für unsere Fraktion in der Rückweisung und im Postulat, das wir heute einreichen und mit dem wir die Arbeit des Initiativkomitees würdigen. Ich möchte aber betonen, dass wir vom ersten Moment an, als das Geschäft in die Kommission kam, immer wieder über Möglichkeiten von Gegenvorschlägen gesprochen haben. Nachdem wir in der Kommission viel diskutiert haben und eigentlich nie inhaltliche Vorschläge präsentiert wurden, haben wir uns dieser Aufgabe gestellt und jetzt plötzlich präsentieren Sie Beispiele. Die SP-Fraktion wird sich beim Rückweisungsantrag enthalten. Wir bedauern, dass wir auf Grund der kantonalen Rechtsgrundlage keine Möglichkeit mehr haben, diesen Weg zu gehen. Ich dachte bis anhin, die Initiative möchte im Kern die Verwaltungsreformdebatte anstossen. Ich merke aber heute, dass die Verwaltungsreform nur die äussere Hülle und im Kern Vertrauen das zentrale Thema ist – Vertrauen in die Fähigkeit der Stadtregierung, die permanente Aufgabe der Reform, Reorganisation und Management von historisch gewachsenen Strukturen zu erfüllen. Dieses Vertrauen scheint mindestens zwei Parteien abhanden gekommen zu sein, obwohl diese selbst sogar im Gremium sitzen und darauf achten können, dass die Aufgaben wie gewollt wahrgenommen werden. In dieser Debatte geht es um Vertrauen und die Exekutive wird mit Misstrauen überschüttet. Gleichzeitig wird die Exekutive, der man nicht vertraut, mit einem unglaublichen Vertrauensvorschuss beglückt, indem man der Initiative zustimmen will und derselben Exekutive einen Blankoscheck ausstellen möchte. Wir vertrauen auf die Gestaltungskraft der Exekutive und haben ihr deshalb bereits heute in einem Postulat Anregungen mitgegeben.

Rosa Maino (AL): In der Kommission gab es nicht annähernd eine inhaltliche Diskussion. Ich finde es sehr bedenklich, dass sich jetzt 15 bürgerliche Ratsmitglieder vor Medien und Publikum profilieren möchten. Gerade angesichts des Schlagworts Effizienzsteigerung ist es sinnwidrig, dass es erst jetzt eine inhaltliche Diskussion gibt – wenn auch leider keinen Austausch, aber dieser wurde offenbar nicht gewünscht. Die Initiative ist eine Steilvorlage für ein Schaulaufen kurz vor den Wahlen. Die Initiative und die Initianten hätten etwas Besseres verdient.

Roger Tognella (FDP): Betriebe, die nicht im Sinne einer engeren Verwaltung geführt werden müssen, könnten in einem Departement zusammengelegt werden, so beispielsweise die Industriellen Betriebe. Es ist bei der VBZ bekannt, dass die ZVV grossen Einfluss nimmt und auch beim ewz gibt es viele externe Einflussgrössen. Wir sind schon lange nicht mehr frei in der Entscheidungsfindung. Auch bei den Alters- und Pflegezentren und bei den Spitälern ist es durchaus so, dass die externen Faktoren grösser als die internen sind. Diese Betriebe müssen nicht mehr im Sinne einer engeren Verwaltung geführt werden und können in einem einzigen Departement zusammengelegt werden. So kann das Gesundheits- und Umweltdepartement (GUD) aufgehoben und mit dem Departement der Industriellen Betriebe (DIB) in einem Departement zusammengelegt werden, das sich dann um die Betriebe der Stadt kümmert. Dies hätte eine Entschlackung der Prozesse und eine Effizienzsteigerung zur

Folge und es gäbe die Schnittstellenprobleme zu externen Stellen nicht mehr. Dafür würden vielleicht Vorteile bei gewerkschaftlichen Anliegen entstehen. Die Diskussion über eine bessere Organisationsstruktur, die vielleicht auch eine Spitälerstrategie gebracht hätte, muss geführt werden. Wir möchten die Betriebe, die nicht im Sinne einer engeren Verwaltungstätigkeit hoheitlich geführt werden müssen, in ein Departement «Betriebe» zusammenlegen und die Verwaltung damit tatsächlich effizienter und schlanker machen.

Markus Hungerbühler (CVP): *Die Medienmitteilung der AL, SP und Grünen beinhaltet einige spannende Sätze, so schreiben sie von einer notwendigen «breiten parteipolitischen Zusammensetzung des Stadtrats». Bis anhin hatte man aber nicht den Eindruck, dass diese Parteien sich für einen breit zusammengesetzten Stadtrat einsetzen würden. Es entstand vielmehr der Eindruck, sie wollen möglichst viel für sich selbst. Wenn sie mit gutem Beispiel vorangehen und freiwillig auf Sitze verzichten würden, könnte man die noch nicht vertretenen Personen im Stadtrat abbilden. Es wird der CVP vorgeworfen, dass wir vor einem Jahr für die Abschaffung der 5-Prozent-Hürde gewesen sind. Wir waren damals der Meinung, dass es diese Hürde nicht braucht, weil sie undemokratisch ist. Wir sind für mehr Demokratie, aber als es bei den Parlamentswahlen darum gegangen wäre, für eine bessere Abbildung der Wähler im Parlament zu sorgen, waren genau Sie dagegen. Wir sind ganz klar für eine umfassende Verwaltungsreform und für einen Anschlag einer solchen Reform. Heute haben Sie die Möglichkeit, ein Zeichen zu setzen. Wir unterstützen die Initiative, weil es Verbesserungspotential gibt und die Verwaltungsreform angetrieben werden muss. Ein Beispiel für eine Veränderung möchte auch ich noch anbringen. Für uns ist es schon lange ein Unsinn, dass die Dienstabteilungen Verkehr im Sicherheitsdepartement sind. Es würde mehr Sinn machen, diese ins Tiefbauamt zu verschieben, weil es um die Signalisation im öffentlichen Raum geht und die zuständigen Personen über den öffentlichen Raum entscheiden sollten.*

Karin Weyermann (CVP): *Da wir in der Kommission nicht vertreten sind, möchten wir hier unseren inhaltlichen Beitrag zu dieser Reform, die wir unterstützen, leisten. Im Gemeindegesetz steht neu, dass nicht nur Parlamentsgemeinden, sondern alle Gemeinden, Kompetenzen an die Verwaltung delegieren können. Der Weg des Kantons ist also derselbe, den wir hier drinnen auch gehen möchten. Der Stadtrat soll sich auf die strategische Führung konzentrieren und die Arbeit der Verwaltung überlassen. Wir sind überzeugt, dass dafür nicht zwingend neun Stadträte notwendig sind – gerade in Anbetracht der strategischen Arbeit, vor allem der Spitalstrategie, die dabei entstanden ist. Im Sozialdepartement gibt es durchaus Raum für weitere Aufgaben. Ich habe mir deshalb überlegt, dass man das Departement öffnen und in eine Art Gesellschaftsdepartement umwandeln könnte, dabei könnten auch Aufgaben des Präsidialdepartements übernommen werden. Man könnte allenfalls die Bereiche Schulsozialarbeit und Frühkinderbetreuung in das Schul- und Sportdepartement verschieben und damit den ganzen Weg der Bildung am selben Ort unterbringen.*

Michael Baumer (FDP): Bei der Initiative geht es darum, wie man die Verwaltung und die Aufsicht, beziehungsweise das Führungsorgan dieser Verwaltung, am besten organisiert. Heute sind die Departemente sehr monolithisch organisiert, deshalb braucht es unzählige Koordinationssitzungen und Einigungskonferenzen, bis etwas erledigt werden kann. Auch in der privaten Wirtschaft und der Industrie organisiert man Vorgänge in einer Servicearchitektur. Es sind sich alle einig, dass es auch bei uns eine Verwaltungsreorganisation braucht. Wir können dies mit dem neuen Gemeindegesetz nicht mehr einfach in der Gemeindeordnung festlegen und deshalb nehmen wir die Volksinitiative als Anlass, die Reorganisation anzugehen. Die IMMO und Liegenschaftenverwaltung (LV) kann man zusammenlegen und auch die zwei Stadtentwicklungsveranstaltungen – einmal im Amt für Städtebau und einmal im Amt für Stadtentwicklung – können vereint werden. Diese Beispiele zeigen, dass es sich dabei nicht um Ausgliederungen, sondern um die innere Verwaltung handelt. Die heute Abend oft genannte Repräsentanz haben wir im Parlament, sonst hätten wir eine Majorzwahl. Es geht nicht um die Repräsentanz, sondern um die bessere Organisation der Führung und Aufsicht. Die letzte Legislatur konnte nicht beweisen, dass neun Stadträte wirklich besser sind als sieben. Der Koordinationsaufwand, gerade unter Einbezug der für komplizierte Sachen benötigten Stabstellen, ist zu gross. Mindestens die Koordination wäre mit sieben Stadträten einfacher und damit die politische Aufsicht schlagkräftiger.

Walter Angst (AL): Auch wenn heute die Bürgerlichen Vorschläge, wie man die Verwaltung reorganisieren könnte, präsentieren, haben sie real die Debatte in der Kommission abgebrochen. Sie lehnen auch jetzt den Rückweisungsantrag an die Kommission ab, dank dem sie die heute präsentierten Vorschläge hätten diskutieren können. Dabei hätten sie auch erkannt, dass einige ihrer Ideen doch sehr skurril sind und nicht gerade zu einer Effizienzsteigerung führen würden. Strukturen müssen so geschaffen werden, dass man einerseits demokratisch führen kann und andererseits die Möglichkeit hat, die Verwaltung so schlank zu organisieren, dass ein Maximum resultiert. Es spricht überhaupt nichts gegen eine erneute Kommissiondebatte – es wäre die letzte Möglichkeit erneut Einfluss zu nehmen, bevor der Stadtrat alleine zuständig für die Organisation der Verwaltung ist. Bei einer Reduktion wäre das Verhältnis der verschiedenen Ratsseiten wahrscheinlich statt wie heute 3:6 neu 1:6. Das finde ich keine attraktive Lösung und eine damit verbundene Effizienzsteigerung ist völlig aus der Luft gegriffen. Wir haben in Zürich eine Verwaltung mit eigenen Betrieben, die sich von anderen Gemeinwesen in der Stadt fundamental unterscheidet. Jetzt wollen sie die Stärke der Technokraten, die diese einzelnen Institutionen führen und die Stärke der Verwaltung vergrössern. Statt Einfluss zu nehmen, damit genau die benötigten Massnahmen für beispielsweise eine sinnvolle Energiepolitik durchgesetzt werden, wollen sie nicht mehr mitreden. Sie konzentrieren sich auf die simple Zahl, obwohl Sie doch alle genau wissen, dass dies nichts bringt. Ich hoffe, dass Zürich weiterhin ein demokratisch kontrolliertes Gemeinwesen mit starken Assets in ihren Betrieben und Beteiligungen bleibt, und dass sie nicht die ganze Entscheidungsmacht den Technokraten abgibt.

Samuel Balsiger (SVP): Über 3000 Personen waren bereit, die Initiative zu unterschreiben und sich mit dem Thema auseinander zu setzen. Auf der ganzen Welt wird emotional politisiert, die Menschen sind interessiert und mitnichten politikverdrossen. Es herrscht aber eine Verdrossenheit gegenüber einer Verwaltung, die sich unnötigerweise selbst Arbeit schafft, sich selbst verwaltet und sich von der Bevölkerung entfernt hat. Es herrscht Verdrossenheit gegenüber einer Bürokratie und einem Staatsausbau, die der normale Bürger nicht mehr nachvollziehen kann. Diese Verdrossenheit führt weltweit zu Veränderungen von ganzen Systemen und bringt neue Kräfte an die Macht. In der Politik geht es oft nicht mehr um Inhalt, sondern um Machterhalt. In der Verwaltung arbeiten viele Rot-Grün-Wähler, es geht also auch hier um einen Selbst- und Machterhalt. Die Stadtpräsidentin argumentiert mit kuriosen Vergleichen und vergleicht ernsthaft Zürich mit Küsnacht. Küsnacht hat nicht einmal eine Legislative und der Gemeinderat ist Parlament und Exekutive gleichzeitig. Auch mit einschüchternden Argumenten wie dem Abbau und der Einschränkung der Demokratie wird argumentiert. Die Menschen haben genug von diesem realitätsfernen Auftreten und möchten eine inhaltliche Diskussion. Der Sachwert einer Reduktion von neun auf sieben wäre die Neustrukturierung der Verwaltung wie in Österreich, die ihre gesamte Bundesverwaltung digitalisieren wird und dadurch jede dritte Planstelle nicht mehr besetzen muss. Österreich reorganisiert seine Verwaltung behutsam über lange Zeit, indem sie die Digitalisierung vorantreibt und behutsam die Abgänge der Stellen auslaufen lässt. Es braucht auch Reformen für unsere Verwaltung, die zu einem grossen Teil nur für sich selbst arbeitet.

Dr. Davy Graf (SP): Einige Bürgerliche würden die Stadt gerne unter Vormundschaft des Kantons stellen. Das ist nämlich die Konsequenz, wenn man unsere Stadtregierung schwächt. Die GLP möchte das PRD zu einem Superdepartement machen, während Daniel Egli (SVP) meint, es brauche gar kein PRD. Das zeigt, wie wirr und inkohärent die Vorstellungen einer Stadtverwaltung in dieser Koalition sind. Es wurde gezeigt, wie das Budgetbuch um 50 Seiten innerhalb von 10 Jahren gewachsen ist. In der Ausgabe 2018 beinhalten aber 20 Seiten die vielen Anfragen, die die RPK beantworten musste, und 32 Seiten erklären sich durch den späteren Beginn. Markus Hungerbühler (CVP) möchte einerseits die Abschaffung der 5-Prozent-Hürde, aber gleichzeitig will er bei «sieben statt neun» die Hürde von 11 Prozent auf 14 Prozent erhöhen. Wenn die FDP 100 Jahre nach dem Landesstreik meint, dass auch die Regierung im Proporzwahlverfahren gewählt werden soll, sind wir und die FDP einen Schritt weiter gekommen. Die Differenz der Stadtregierung zum Gemeinderat ist zum Teil subtil, weil es eine Differenz bezüglich der Kompetenzen in Finanzen und eine Differenz bezüglich der Verordnungen gibt, wir aber schlussendlich das Budgetorgan sind. Sie möchten gerne regieren und an einem Tisch alle Chefbeamten sehen – wir aber möchten eine bürgernahe Stadtverwaltung. Politische Verantwortung liegt am Schluss immer ganz oben, und diese darf man nicht schwächen, indem man von neun auf sieben Stadträte reduziert.

Michael Schmid (FDP): Geschichten sind ansprechender, wenn Fakten keine Rolle spielen. Bei der Geschichte vom Budgetbuch muss man sehen, dass die

Fragenbeantwortung in der RPK noch nie ins Budgetbuch eingeflossen ist, das geht alleine schon aus technischen Gründen nicht. Die Idee, dass wir den Stadtrat gegenüber dem Kanton schwächen möchten, ist abstrus. Es geht um die Zahl sieben statt neun und die Frage einer grundsätzlichen Verwaltungsreorganisation. Bei «sieben statt neun» staune ich über das Argument der Gegner, dass nur mit neun Stadträten die Repräsentanz gegeben sei. Für die Repräsentanz ist grundsätzlich das Parlament zuständig, weil wir im Stadtrat eine Majorzwahl haben. Es geht uns mit «sieben statt neun» um eine Stärkung des Stadtrats und Beseitigung der Doppelspurigkeiten und Reibungsverluste, weil mehrere Departemente beispielsweise das Thema 2000-Watt-Gesellschaft behandeln. Wir sind überzeugt, dass man mit sieben Mitgliedern zu einer schlagkräftigeren Struktur kommt und der Stadtrat seine Führungs- und Aufsichtsverantwortung besser wahrnehmen kann, als dies mit neun Mitgliedern der Fall ist. Es ist erfreulich, dass Sie heute mit dem Vorstoss einen Anstoss zu einer Verwaltungsreorganisation geben – ich bin aber ein wenig skeptisch, inwiefern Sie diesen Prozess dann auch weiterhin unterstützen werden. Schon in der Vergangenheit hätte vieles angestossen werden sollen, aber erst heute wird ein solcher Vorstoss eingereicht. Die Voten sind sehr widersprüchlich; auf der einen Seite sehen Sie den Bedarf einer Reorganisation, andererseits möchten Sie die Regierung nicht verändern. Ich möchte Sie aber gerne beim Wort nehmen und sehe mit dem Willen zu einer Reorganisation eine gute Perspektive für die kommende Legislatur. Das Gemeindegesetz schreibt die Verantwortung, wie die Aufgaben den Departementen zugeteilt werden sollen, der Exekutive zu. Diskutieren kann man, aber die entscheidende Verantwortung liegt am Schluss beim Stadtrat. Sie können uns nicht vorwerfen, dass wir diese Verantwortung klar adressieren. Wir sind überzeugt, dass eine Reduktion eine Weichenstellung mit einer positiven Erfolgsaussicht auf eine umfassende Verwaltungsreorganisation bringen würde.

Matthias Wiesmann (GLP): *Die GLP hat bereits im Januar einen Vorschlag, wie man die Departemente auf sieben Stadträte verteilen könnte, lanciert. Es ist logisch, dass dieser Vorschlag noch nicht ganz ausgearbeitet ist, aber wir haben uns an das Thema gewagt, weil sich alle einig sind, dass man eine Verwaltungsreform machen muss. Wir sind uns aber nicht ganz einig, ob sieben oder neun Personen dieser Verwaltung vorstehen sollen. Zum Thema des Zukunftsdepartements; es bleibt für uns immer noch das Stadtpräsidium, wir möchten aber, dass man Schlüsselprojekte konzentrierter abhandelt. Diese liegen im Moment beim Projektstab der Stadtpräsidentin. Man könnte diese noch ausbauen und dafür vielleicht die Kultur abgeben. Zum Vorwurf der Privatisierung von links-grüner Seite: wir wollen die Stadtspitäler und das ewz mittelfristig in öffentlich-rechtliche Anstalten ausgliedern, aber man muss zwischen Privatisierung und öffentlich-rechtlichen Anstalten unterscheiden. Auch der links-grüne Stadtrat ist zum Schluss gekommen, dass es wahrscheinlich nicht anders geht, als die Stadtspitäler aus der Verwaltung auszugliedern. Wir haben das zu Papier gebracht und Sie kritisieren das nun mit dem Privatisierungsargument – das ist unehrliche Politik. Wir müssen ganz konkret und konstruktiv diskutieren, was wir ausgliedern möchten und wie wir das machen möchten.*

Roger Bartholdi (SVP): *Wir haben mehrere Varianten gehört, wie man eine Reorganisation umsetzen könnte. Das zeigt auf, dass die Stadt auch bestens mit sieben Stadträten geführt werden kann. Unsere Regierungsräte und Regierungsrätinnen sind volksnah, man sieht sie genauso oft wie die Stadträte. STP Corine Mauch präsentierte das Beispiel von Meilen. Meilen ist als Exekutiv-Gemeinderat natürlich nicht ganz vergleichbar mit Zürich. Auch bezüglich Steuerfuss und Mitarbeitern lassen sich die beiden Gemeinden nicht vergleichen. Das zeigt doch die fehlenden Argumente. Bern ist rot-grün dominiert und hat die Direktionen Sicherheit, Umwelt und Energie, Bildung, Soziales und Sport, Tiefbau, Verkehr und Stadt Grün und eine Direktion für Finanzen, Personal und Informatik. Auch Bern hat mehrere Gemeindeunternehmungen und ich habe noch nie gehört, dass bei ihnen etwas weniger gut funktioniert als in der Verwaltung der Stadt Zürich. In Luzern funktioniert die Verwaltung mit fünf Direktionen und in Winterthur mit sieben Direktionen. Für die scheinbar unbestrittene Reorganisation in Zürich ist die Reduktion auf sieben Stadtratsmitglieder das Fundament.*

Rückweisungsantrag an die Kommission

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Rückweisungsantrags.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Rückweisung des Antrags des Stadtrats an die vorberatende Kommission mit folgendem Auftrag:

Der Stadtrat wird eingeladen, ein Konzept für eine Verwaltungsreform mit folgenden Eckwerten vorzulegen:

1. Die Verwaltungsreform erfüllt folgende Grundsätze:
 - a) Die Verwaltungseinheiten (Dienstabteilungen) werden gemäss den folgenden Grundsätzen neu strukturiert:
 - i. Umsetzung des Prinzips «eine Dienstabteilung ist für ein Thema verantwortlich»;
 - ii. Die Aufgaben der Verwaltungsabteilungen, die Querschnittfunktionen wahrnehmen (OIZ, HR, Immo etc.) oder Service-Leistungen (Kommunikation, Fahrzeugbeschaffung etc.) erbringen, werden einheitlich und für alle Dienstabteilungen verbindlich geregelt;
 - iii. Die Zahl der Verwaltungsabteilungen wird um 20 Prozent reduziert. Nicht berücksichtigt werden Eigenwirtschaftsbetriebe und Rechnungskreise ohne Personal.
 - b) Die Verwaltungsabteilungen werden nach sachlichen Kriterien auf die Departemente verteilt. Den Departementen werden Anstalten und Beteiligungen

15 / 16

zugeordnet, die zu ihrem Verantwortungsbereich gehören.

- c) Die Zentrale Verwaltung des Departements ist für die strategische Führung der Verwaltungsabteilungen (inkl. Gemeindebetriebe) sowie der dem Departement zugeordneten Anstalten und Mehrheits-Beteiligungen zuständig. Der Personalbestand der Zentralen Verwaltungen wird dementsprechend angepasst.
2. Die Verwaltungsreform ist so zu planen, dass sie mit der Inkraftsetzung des neuen Gemeindegesetzes auf den 1. Januar 2022 bzw. dem Legislaturwechsel im Mai 2022 operativ umgesetzt werden kann.
3. Im Konzept sind Optionen für eine Anpassung der Zahl der Departemente aufzuzeigen. Falls dies sinnvoll erscheint ist ein revidierter Antrag oder ein Gegenvorschlag zur Volksinitiative 7 statt 9 zu stellen.

Mehrheit: Severin Pflüger (FDP), Referent; Präsidentin Isabel Garcia (GLP), Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Christian Huser (FDP), Elisabeth Liebi (SVP), Markus Merki (GLP), Dr. Daniel Regli (SVP)
Minderheit: Rosa Maino (AL), Referentin
Enthaltung: Vizepräsident Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Duri Beer (SP), Heidi Egger (SP), Muammer Kurtulmus (Grüne), Mark Richli (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 74 gegen 10 Stimmen (bei 40 Enthaltungen) zu.

Änderungsantrag

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

Die Der Volksinitiative «Mehr Geld für Zürich: 7 statt 9 Stadträtinnen und -räte» vom 2. Mai 2016 wird abgelehnt zugestimmt.

Mehrheit: Duri Beer (SP), Referent; Vizepräsident Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Heidi Egger (SP), Muammer Kurtulmus (Grüne), Rosa Maino (AL), Mark Richli (SP)
Minderheit: Severin Pflüger (FDP), Referent; Präsidentin Isabel Garcia (GLP), Christian Huser (FDP), Elisabeth Liebi (SVP), Markus Merki (GLP), Dr. Daniel Regli (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 62 gegen 62 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) gemäss dem Stimmverhalten des Ratspräsidenten zu.

16 / 16

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit: Duri Beer (SP), Referent; Vizepräsident Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Heidi Egger (SP), Muammer Kurtulmus (Grüne), Rosa Maino (AL), Mark Richli (SP)
Minderheit: Severin Pflüger (FDP), Referent; Präsidentin Isabel Garcia (GLP), Christian Huser (FDP), Elisabeth Liebi (SVP), Markus Merki (GLP), Dr. Daniel Regli (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 62 gegen 62 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) gemäss dem Stimmverhalten des Ratspräsidenten zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Zuhanden der Gemeinde:

Die Volksinitiative «Mehr Geld für Zürich: 7 statt 9 Stadträtinnen und -räte» vom 2. Mai 2016 wird abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 7. März 2018 gemäss Art. 10 der Gemeindeordnung

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat